

GÖTTINGER BLÄTTER

11.2020

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

► Reihe zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Auch dieses Jahr findet wieder eine Gedenkreihe zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus statt. Die Veranstaltungen des Gedenkbündnisses finden dabei teils in Präsenz (mit Voranmeldung, da die Teilnehmerzahl wegen der derzeitigen Hygienemaßnahmen begrenzt werden muss), teils in digitaler Form und teils in hybriden Formaten (Präsenz und digital) statt. Einen Überblick über sämtliche Veranstaltungen der Gedenkreihe findet man wie immer unter: <https://www.gedenken-an-die-opfer-des-nationalsozialismus.de>.



Freitag, 6.11.2020, 14.00 Uhr

KZ-Gedenkstätte Moringen, Lange Str. 58,
Moringen

Führung zur jüdischen Geschichte Moringens

mit Uwe Reinecke

Aufgrund der begrenzten Teilnehmer*innenanzahl ist eine Anmeldung erforderlich: info@gedenkstaette-moringen.de
Tel: 05554 - 25 20

Männliche Teilnehmer werden gebeten, für den Besuch des jüdischen Friedhofs eine Kopfbedeckung mitzunehmen.

Veranstaltet von der KZ-Gedenkstätte Moringen

Bereits 1938 existierte in Moringen keine jüdische Gemeinde mehr. Zahlreiche Gebäude erzählen vom jüdischen Leben; nach der ersten urkundlichen Erwähnung (1577) war es ein reichhaltiger Bestandteil der städtischen Gemeinschaft. Mit der NS-Zeit fand dieser Teil des Moringener Alltags ein jähes Ende. Der historische Rundgang beginnt am Ort der 1971 abgerissenen Schule. Weitere Stationen sind Wohn- und Geschäftshäuser ehemaliger jüdischer Bürger und die 1838 errichtete Synagoge. Der zweistündige Rundgang endet am jüdischen Friedhof.

Samstag, 7.11.2020, 15.00 Uhr

(Wiederholungen am 13.11.2020, 27.11.2020,
5.12.2020, 12.12.2020, 27.01.2021,
30.01.2021)

KZ-Gedenkstätte Moringen, Lange Str. 58,
Moringen

Führung zu den Moringener Konzentrationslagern — Schwerpunkt Jugend-KZ

Aufgrund der begrenzten Teilnehmer*innenanzahl ist eine Anmeldung erforderlich: info@gedenkstaette-moringen.de
Tel: 05554 - 25 20

Veranstaltet von der KZ-Gedenkstätte Moringen

Anfang April 1933 wurde in Moringen eines der ersten KZ des NS-Staates errichtet. Von Oktober 1933 bis März 1938 existierte ein Frauen-KZ. Inhaftiert waren Frauen aus dem politischen Widerstand, aber auch Zeuginnen Jehovas. Von 1940 bis 1945 bestand in Moringen ein Jugend-KZ. Sozial, „rassisch“, religiös oder politisch verfolgte männliche Jugendliche waren hier SS-Terror, Zwangsarbeit, Hunger und drakonischen „Erziehungsmethoden“ ausgesetzt.

Montag, 09.11.2020, 18.00 Uhr

Platz der Synagoge, Ecke Obere/Untere
Maschstraße, 37073 Göttingen

Gedenkstunde am Mahnmahl

Veranstaltet wird die Gedenkstunde von der Gesellschaft für christlich-jüdische

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goebloe_2020.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Veranstaltungsreihe	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
DIE LINKE. Kreistagsinfo	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Gegendarstellung	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 12.2020
ist der 20. November.
Auslieferung am 26. November.

Zusammenarbeit e.V. und der Stadt Göttingen

Die diesjährige Veranstaltung zum Gedenken an den Brand der Synagoge während der Reichspogromnacht vom 9./10.11.1938 wird gestaltet von Schülerinnen und Schülern des Max-Planck-Gymnasiums mit ihrer Lehrerin Frauke Bury.

Montag, 09.11. 2020, 19.30 Uhr

Begegnungsstätte Löwenstein, Rote Str. 28,
37073 Göttingen

Lange Nacht der Erinnerung

mit Michael Fürst

Veranstaltet vom Jüdischen Lehrhaus und der Jüdischen Kultusgemeinde Göttingen

Gespräch mit Michael Fürst, dem Präsident des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen

(...) Fortsetzung auf Seite 2



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

(...) Fortsetzung „Reihe zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“ von Seite 1

Sonntag, 15.11.2020, 15.00 Uhr

Göttingen (Treffpunkt bei Anmeldung)

Von der Konditorei zur Messtechnik.

NS-Zwangsarbeit in Göttingen.

Ein Stadtrundgang mit Lisa Grow (Geschichtswerkstatt Göttingen) und Günther Siedbürger, Ausstellungskurator*innen „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit...“

Max. 20 Teilnehmer*innen - Eine Voranmeldung ist erforderlich:

info@zwangsarbeit-in-niedersachsen.eu

Tel: 0551 - 29 34 69 01

Veranstaltet von der Geschichtswerkstatt Göttingen e.V. und der Dauerausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945“

Zwangsarbeit war das nationalsozialistische Verbrechen, das die größte Anzahl an Menschen traf. Zur Arbeit gezwungene Männer, Frauen und Kinder aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten mussten in fast jedem denkbaren Wirtschaftsbereich arbeiten. Sie prägten das tägliche Bild in der Stadt Göttingen. Ohne sie wäre die deutsche Wirtschaft zusammengebrochen. Viele deutsche Betriebe haben vom Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter*innen wirtschaftlich profitiert. Dieser Rundgang informiert über Zwangsarbeiter*innen in Göttinger Kleinbetrieben, kirchlichen Einrichtungen, Privathaushalten und Eisenbahnbetrieben, sowie über Unterkünfte und Lager.

Dienstag, 24.11.2020, 19.30 Uhr

Gemeindsaal der Ev.-reformierten Gemeinde,

Untere Karspüle 11, 37073 Göttingen

Mod Helmy —

Wie ein arabischer Arzt in Berlin Juden vor der Gestapo rettete

Lesung und Diskussion mit Igal Avidan (Journalist)

Aufgrund der begrenzten Anzahl von Sitzplätzen ist eine Anmeldung erforderlich:

info@gcjz-goettingen.de

Tel: 0551 - 205 47 46

Veranstaltet von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V.

Der Arzt Mod (Mohamed) Helmy wurde von den Nationalsozialisten als »Nichtarier« diskriminiert und als Ägypter inhaftiert. Trotzdem half er jahrelang einer jüdischen Familie, sich vor der Gestapo zu verstecken. Mitten in Berlin gelang es ihm sogar mithilfe von Hitlers Intimfreund, dem Mufti von Jerusalem, eine Jüdin als Muslima in Sicherheit zu bringen. Der Journalist Igal Avidan fand Helmys ehemalige Patienten, besuchte seine Verstecke und zeichnet seine einzigartige Geschichte nach.

Mittwoch, 25.11.2020, 15.00 Uhr

Göttingen (Treffpunkt bei Anmeldung)

Die Rolle der Hebammen im Nationalsozialismus in Göttingen

Ein Stadtteilrundgang mit Cornelia Krapp, Geschichtswerkstatt Göttingen

Max. 20 Teilnehmer*innen - Eine Voranmeldung ist erforderlich:

info@zwangsarbeit-in-niedersachsen.eu

Tel: 0551 - 29 34 69 01

Veranstaltet von der Geschichtswerkstatt Göttingen e.V. und der Dauerausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945“

Über das Gelände des alten Universitätsklinikums möchte die Geschichtswerkstatt die Göttinger Medizingeschichte mit Blick auf die Rolle von Hebammen in der NS-Zeit vermitteln. Stationen des Rundgangs werden u. a. die Ausbildung zur Hebamme, Zwangssterilisationen in der Frauenklinik, sowie Zwangsarbeiter*innen als Patient*innen und Personal im Klinikum sein.

Freitag, 04.12.2020, 19.00 Uhr

Online (Infos unter femko.blackblogs.org)

Mostar's Hurqalya — The (Un)Forgotten City (english)

Buchvorstellung und Diskussion über Kunst und Aktivismus in Mostar (Bosnien und Herzegowina).

Veranstaltet von [femko]

Aus der Perspektive von Aktivist*innen um den lokalen Partisan*innen-Friedhof in Mostar soll ein Blick auf Diskurse des Erinnerns in Europa gerichtet werden. Welchen Platz nehmen Jugoslawiens antifaschistische und sozialistische Erfahrungen dabei ein? Diese und weitere Fragen können mit den Aktivist*innen Aida Murti und Marko Bariši diskutiert werden.

Sie stellen uns ihr Buch sowie die Initiative zu dem Gedenken an den antifaschistischen Widerstand der Partisan*innen in Mostar vor.

Samstag, 5.12.2020, 15.00 Uhr

(Wiederholung am Freitag, 25.12.2020, 18 Uhr)

Stadtradio Göttingen und online auf <https://www.gedenken-an-die-opfer-des-nationalsozialismus.de>

Weiblicher Widerstand gegen das NS-Regime — Antifaschistinnen der NS-Zeit in Sachsen

Veranstaltet von f_act

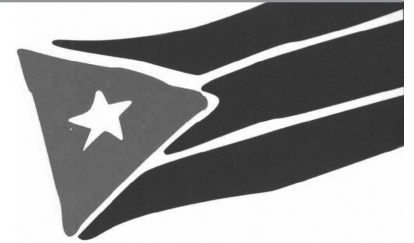
(...) Fortsetzung auf Seite 12

E-Mail-Verteiler

Wir möchten für unsere VVN-Mitglieder in der Kreisvereinigung einen neuen E-Mailverteiler aufbauen. Hierdurch könnten wir euch schneller über aktuelle Veranstaltungen und Aktivitäten in der Region informieren. Von vielen VVN-Kamerad*innen liegen bereits E-Mailadressen vor, bei einigen fehlt uns allerdings eine aktuelle E-Mailadresse. Wer in unseren E-Mail-Verteiler aufgenommen werden will, bitten wir eine kurze E-Mail an hans-georg.schwedhelm@t-online.de zu senden. Wer keine Mailadresse hat oder keine E-Mail-Zusendungen möchte, wird von uns selbstverständlich auch zukünftig für Mitglieder-versammlungen mit der guten alten Briefpost informiert.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mitgliederversammlung

Dienstag 10. November 20.00 im Berliner Hof

► Das Wunder Kubas ist die Realität seines Volkes

Dem US-Imperialismus und seinen Söldner bereitet es Missbehagen, dass sich Kuba weltweit als ein Beispiel beim Kampf gegen COVID-19 hervortut und sie leiden unter der Meldung, dass praktisch das gesamte Land zur neuen Normalität übergeht Autor: Oscar Sánchez Serra | informacion@granma.cu

Die Gesundheitsbehörden des Landes warnten davor, die Risikowahrnehmung zu senken und leichtsinnig zu werden.

Es ist kein Wunder und auch nicht Science Fiction. Wenn man sehen will, zu was ein wirklich ausgezeichnetes menschliches Werk in der Lage ist, in dem der Mensch an oberster Stelle steht, in dem die Wirtschaft auf ihn ausgerichtet ist und in dem er der Politik ihre Daseinsberechtigung gibt, dann schau man auf Kuba.

Ja, die Insel, die von Antisozialen in den sozialen Netzen verunglimpft und beschmutzt wird, in dem sie ihre Regierenden als unfähig darstellen und in alle Himmelsrichtungen verkünden, dass ihre Ärzte Sklaven und Opfer von Menschenhandel seien. Ja, genau die Insel, von der dieselben Misanthropen die Welt glauben machen wollen, dass dort Chaos herrsche und zum Lynchen ihrer Führer aufhetzen.

Auch als es noch keine sozialen Netze und auch noch kein Internet gab, waren die Söldner genauso antisozial wie heutzutage und damals wie heute traten sie mit eingezogenem Schwanz auf. Sie haben gelogen und lügen noch immer für das Geld, das diejenigen ihnen geben, die ihre Niederlage nicht einsehen wollen und die die Wahrheit Kubas ärgert, jene Wahrheit, die ein Wunder zu sein scheint, aber real ist.

Es frisst sie auf, dass sie nicht in der Lage sind, mit diesem Stückchen der Karibik fertig zu werden, dass sie verhungern,

wirtschaftlich ersticken und ohne Medizin für seine Kinder lassen wollte, gegen das sie militärische und biologische Angriffe durchführte, dessen Konten im Ausland sie verfolgt und das sie versucht, von der Brennstoffversorgung abzuschneiden.

Es tut ihnen in den Augen weh zu sehen, wie dieses Land sich weltweit als ein Beispiel im Kampf gegen COVID-19 erhebt. Es bereitet ihnen schlimme Kopfschmerzen, Migräne, ja es macht sie verückt, wenn sie die Nachricht hören, dass praktisch das gesamte Land in die neue Normalität übergeht.

Aber Kuba hat noch eine schlechte Nachricht für sie: Dasselbe Imperium, unabhängig davon ob es seinen Chef im November auswechselt oder nicht, wird die Umsetzung dessen erleben, was am 6. und 7. Parteitag beschlossen wurde, womit die Grundlagen für eine prosperierende und nachhaltige Entwicklung gelegt werden, bei der jeder mit seinen individuellen Bestrebungen bei der Umsetzung eines Projekts von Land zählt.

Ein universelles Gesundheitssystem und der Staat als Garant einer Gesellschaft, in der die Werte Glück, Empfindsamkeit, Solidarität, Mitwirkung heilig sind und ermöglichen, dass die Indikatoren angesichts der tödlichen Krankheit nichts mit dem gemein haben, was auf dem Planeten geschieht.

Aus diesem Grund deckte und deckt der Staatshaushalt den Kampf gegen

das Virus ab: die Studenten gingen in die sogenannten roten Zonen, diejenigen, die nicht weiter an ihrem Arbeitsplatz bleiben konnten, weil man große Menschenansammlungen vermeiden wollte, halfen in den Wohnvierteln, der Transport nahm genauso wie die Kommunikation und die neuen Technologien eine wichtige Rolle ein, die Bauern vergossen ihren Schweiß, um die Versorgung mit Lebensmitteln sicherzustellen, die auch Teil der nationalen Sicherheit ausmacht, Tourismus, Bildungssektor, Universitäten, Sport stellten ihre Einrichtung als Isolierungszentren zur Verfügung, die Wissenschaften arbeiteten gemeinsam ohne Egoismen im Kampf für das Leben und lieferten den Ärzten Lösungsvariablen.

„Es ist fast ein Wunder, aber die Sache ist die, dass hinter diesem Wunder eine Idee steht, die es zu verteidigen gilt, es gibt Erfahrungen, Bollwerke, das Denken von Fidel, von Che und Armeegeneral Raúl Castro“, sagte der Präsident der Republik Miguel Díaz-Canel, als er am Donnerstag zum Volk sprach.

Kuba ist keine perfekte Gesellschaft, ihre Leute stellen Ansprüche und sind mit vielem unzufrieden, was unerlässliche Voraussetzungen für den Sieg sind, aber sie sind Herren ihres Landes. Diese Unabhängigkeit und Souveränität, für die man so sehr gekämpft hat und kämpft, sie retten Leben und sind Erbe des Sozialismus und einer wirklichen Revolution, wie es die unsere ist.

Diese Meldung erreicht uns kurz vor Redaktionsschluss:

Die Nominierung durch die französische Parlamentariergruppe wurde vom Nobelpreiskomitee angenommen.

„Heute, am 12. Oktober 2020, hat François Michel Lambert, Präsident der

parlamentarischen Freundschaftsgruppe Frankreich-Kuba, in seinem Namen und im Namen aller Unterzeichner unseres Aufrufs zur Verleihung des Friedensnobelpreises 2021 an das auf Katastrophen- und Seuchensituationen spezialisierte internationale Kontingent „Henry Reeve“

Unblock Cuba!
Wirtschaftskrieg gegen Cuba beenden!

aus Kuba offiziell den Antrag beim Nobelpreiskomitee in Oslo eingereicht, und wir freuen uns, dass sein Antrag registriert wurde.“



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Engels – oder: die Bedeutung der Politik der Kommune

Zwei Geburtstage fallen dieses Jahr zusammen: Der zweihundertste von Friedrich Engels und der hundertfünfzigste von Wladimir Iljitsch Lenin. Die Spanne, die beide trennte, betrug also nur ein Drittel der Zeitspanne, die uns Nachgeborenen nun schon von Lenins Geburt trennt. Zu prüfen ist also, was von diesem Werk, das uns beide hinterlassen haben, bleibt. Die gedanklichen Schnittmengen zwischen Engels und Lenin sind gewaltig. In gewisser Weise am konzentriertesten sind sie vorhanden in der Betrachtung des Staates und damit auch der Rolle der Kommunen in der Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus. Sowohl für Engels als auch für Lenin war die „Pariser Kommune“ der zentrale Beweis dafür, dass ein neuer Staatstyp entstehen könne – nicht auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln, sondern auf der Grundlage wirklicher kommunaler Selbstbestimmung.

Zumindest in der vorherrschenden deutschen Medienlandschaft ist ein Widerspruch auffällig: Die liberale Wochenzeitung „DIE ZEIT“ widmet am 18. Juni eine ganze Seite den „Acht Lehren aus der Pandemie“. Eva Illouz forderte dort eine „Politik der Lebensbedingungen“: „Ihre Aufgabe ist es, eine Welt zu bewahren, die von – ökologischen wie biologischen – Naturkatastrophen bedroht wird. Das Coronavirus gibt uns einen Vorgeschmack auf eine Politik, die angesichts düsterer Umwelt- und Klimaszenarien darum bemüht ist, unsere Lebensbedingungen sicherzustellen.“ Der Staat erlebe eine Wiedergeburt. Das riecht nach liberal abgesegetem staatlichem Krisenmanagement als Dauererscheinung der kommenden Jahrzehnte – also einer nationalstaatlichen Zentralisierung von rechts im Namen der Gesundheits- und Daseinsfürsorge. Wasser in diesen Wein gießt ausgerechnet das zentrale Selbstverständigungsorgan der hiesigen herrschenden Klasse, die FAZ, die am 7. Juli schreibt: „Wenn von Bund und Ländern

die Rede ist, die eine Krise zu meistern hätten, wird gern übersehen, dass es eigentlich die Städte und Gemeinden sind, in denen die Krisenmeister sitzen. So war es in der Flüchtlingskrise, so ist es wieder in der Corona-Krise ... Das bewährte Zusammenspiel zwischen Staat und kommunaler Selbstverwaltung kontrastiert allerdings regelmäßig mit der Klage der Kommunen, für diese alltäglichen und erst recht außergewöhnlichen Leistungen nicht ausreichend ausgestattet zu sein. Mit anderen Worten: Sie machen die Arbeit, müssen aber ständig betteln gehen.“

Revolution und Kommune

Sowohl in der Perspektive wie in der Gegenwart kommt in der Gedankenwelt beider genannten Geburtskinder den Kommunen eine zentrale Stellung zu. Sie sind ein Dreh- und Angelpunkt jeder revolutionären Strategie. Es wird für die Dauerhaftigkeit eines dritten Anlaufs zum Sozialismus wichtig sein, schon in der Phase der Herausbildung einer revolutionären Krise die Positionen revolutionärer Kräfte vor allem auf kommunaler Ebene zu stärken. Auch ein sozialistischer Staat ist nur ein Vehikel, um zu einem Gemeinwesen – angelehnt an die Pariser Kommune – zu kommen, die den Staat ins Museum der Geschichte schickt. Geschehen wird dies nach den Erfahrungen des langen Anlaufs von 1917 bis 1989 erst dann, wenn die weltweite Bedrohung jedes Ausbruchs aus diesem Zwangssystem aus Ausbeutung und Staatsrepression durch die imperialistischen Staaten beseitigt ist. Dann kann sich die Kommune im Sinne des Gemeinwesens als neue historische Form des Zusammenlebens der Menschen entfalten. Die Frage, ob das ein „deutsches“ Gemeinwesen sein wird, wird sich in der Perspektive Zukünftiger befremdlich anhören. Auch in Göttingen werden sie das tägliche Leben auf der Basis nicht von Eigentum, sondern von Nutzungsrechten an Grund und Boden und Produktionsmitteln organisieren und sich dazu von Fall zu Fall über die alten Grenzen hinweg mit anderen Gemeinwesen vernetzen. (ms)

Mitgliederversammlungen im November

3. November:

„Reaktionärer Staatsumbau“,
Bildungsheft der DKP

17. November:

„200. Geburtstag von Friedrich Engels
- Bericht von einer Konferenz in seiner
Geburtsstadt Wuppertal“

**Alle MV'en finden jeweils um 20.00
Uhr im Foyer des Roten Zentrum,
Lange Geismarstr. 2 statt.** Wenn zu
viele TeilnehmerInnen kommen sollten,
können wir in den Saal der Rote Hilfe
ausweichen.

... lesen Sie
mal rot!

uz UNIONISTISCHE
unsere zeit
G7 gegen den Rest der Welt
Praktik Tage und
ein Video

unsere zeit
SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG - ZEITUNG DER DKP
Pressepolitik
„Das Recht der Millionen“

Ich möchte die uz 6 Wochen probelesen.
(Abo endet automatisch)

mehr Infos über die DKP und ihr Programm.

Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe.

Name _____

Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

Plz, Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Wochenzeitung der DKP

Coupon einsenden an:
CommPress Verlag GmbH,
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
oder per Mail schicken:
dkp.hl-gh@email.de
Tel: 0173-2188310

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde, Grone



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Ortsratssitzung 24. September –

► show-down zu den ADLER-Modernisierungen

Geladen war auch Andreas Bening, Projektleiter der Adler Real Estate, um über Planung und Fortgang der Modernisierungen der Adler-Gebäude im Stadtteil zu informieren

Aber der Überraschungsgast des Tages gleich zu Beginn: Sozialdezernentin Petra Broistedt erschien zur Sitzung. Grund hierfür kann eigentlich nur der mit Adler geschlossene Vertrag zum Baubeginn einer KiTa Harzstraße/Ecke Süntelweg zum 30. Juni 2020 in Grone.-Süd sein, den ADLER nicht eingehalten hat und offensichtlich nur durch die Anfrage von Hendrik Falkenberg aufgefallen war.

Diese Kita war Teil des städtebaulichen Vertrags zwischen der Stadt und ADLER. Er war vor Jahresfrist von der SPD-Fraktion im OR stürmisch begrüßt worden als zentrales Zugeständnis von Adler, was dann zur Zustimmung zu den Änderungen der Bebauungspläne geführt hatte.

Nun ist dieser Termin verstrichen. Kein Bauzaun, keine Bagger; das Grundstück steht unberührt. Und nur die Anfrage von Hendrik Falkenberg, Göttinger Linke, zum geplanten Baubeginn hievte die Kita wieder auf die Tagesordnung und ins Bewusstsein der beteiligten Parteien, der Stadt und auch Adler.

Bening gab sich betroffen. Es sei ihm ja gar nicht klar gewesen, wie schlimm es in Göttingen um die Versorgung mit Kita-Plätzen bestellt sei.

Wie sich im späteren Verlauf der Veranstaltung herausstellte, sind aus den genannten drei Jahren Bauzeit für die Modernisierungen sechs Jahre geworden. Somit ist die Kita als Marketing-In-

strument, um jungen, einkommensstärkeren Familien den Umzug nach Grone schmackhaft zu machen, für die Adler im Moment nicht interessant

In einem vor der Sitzung stattgefundenen Gespräch hat man sich nun wohl auf einen Baubeginn 2023 geeinigt - womit sich sowohl Broistedt als auch Bening hochzufrieden zeigten. Dies aber hat den Unmut der Ortsratsmitglieder über die Fraktionen hinweg nicht wirklich beruhigt.

Nun bekam Bening ausführlich Gelegenheit, den bisherigen Verlauf und die weitere Planung der Modernisierungen zu präsentieren. Da nur drei Mieter*innen (von 120) die Duldung nicht unterschrieben zurückgeschickt hätten, konnte von ADLER jetzt interpretiert werden, dass es eine breite Zustimmung zur Modernisierung gegeben habe. Dies relativiert sich natürlich, wenn man weiß, dass es eine Wahl zwischen unterschreiben und verklagt zu werden gab.

Äußerst dünnhäutig reagierte er allerdings auf eine Nachfrage der Mieterin Bärbel Safieh hinsichtlich der Gebäudesicherheit und deren Bewohner*innen im Hinblick auf die mangelnde Wartung der Brandschutzellerventile. Bening: Die Mieterin und Mtlg. des Rates der Stadt verunsichere die Mieter*innen; die Ventile seien wartungsfrei. Erst die Bitte aus dem Publikum, den Nachweis hierfür vorzulegen, brachte ihn grummelnd zum Schweigen.

Bei weiteren Fragen waren seine Antworten schwammig:

► Sollingstraße 4, deren Bausubstanz eine Aufstockung wohl nicht hergibt: „Ein Sonderfall“, der noch nicht abschließend geklärt ist, und das dauere noch bis 2024.

► Zur Frage, wie aus den einmal angekündigten 0,57 Euro Mieterhöhung pro qm nun 2,07 Euro hatten werden können: Das seien damals lediglich Indikatorzahlen gewesen. Ein Schelm, wer denkt, sie seien absichtlich so niedrig angesetzt worden, um sich die Zustimmung aus Politik und Bevölkerung zu sichern.

► Auch zur Frage wieviel die Adler aus den Mieteinnahmen in Instandhaltung zurückfließen lässt, verwies der mehr und mehr um Antworten verlegene Bening auf unterschiedliche „Töpfe“ für Sanierung und Instandhaltung.

Es hätte sicher mehr solcher Fragen bedurft, mehr Mieter*innen, die sich zu Wort meldeten. Aber nicht jede/r mag und kann sich vor Publikum mit einem derartig leicht reizbaren Mann auseinandersetzen, der unsachlich argumentiert, wenn er sich in die Defensive gedrängt fühlt, was scheinbar recht schnell passieren kann.

Offen bleibt jedenfalls, was ein städtebaulicher Vertrag nützt, wenn die Stadt die Einhaltung nicht einmal überprüft. Warum Fristen festsetzen, wenn man diese nicht anmahnt, ja, deren Verstößen unbemerkt bleibt? (sk)

► Anfrage von Hendrik Falkenberg im Ortsrat Grone sowie die Antwort der Verwaltung (gekürzt):

Frage: Im städtebaulichen Vertrag „Wohnbauliche Entwicklung in Grone-Nord und Grone-Süd“ ist für den Bereich Grone – Süd (Harzstraße) die Errichtung einer neuen Kindertagesstätte zum vorgesehen. Warum ist die im o.g. Vertrag genannte Frist, 30.6.2020, ohne einen erkennbaren

Baubeginn nicht eingehalten worden? Die gesamte Umbauplanung hat sich pandemiebedingt verzögert. (...)

Antwort: Der KITA-Bau bezieht sich inhaltlich – nicht nur, aber auch auf den zusätzlichen Wohnraum, so dass sich

eine Verzögerung in der Schaffung des zusätzlichen Wohnraums auch eine Verzögerung im Bau der der KITA bedingt. (...) Der Investor hat uns über diese Problematik telefonisch vor wenigen Tagen in Kenntnis gesetzt.



Kreismitgliederversammlung:

Mittwoch, 25. November 2020, 19:00 Uhr

im Jungen Theater, Bürgerstr. 15, 37073 Göttingen (Eingang über Gartenstraße)

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Tagesordnung
2. Input-Referat Christoph Podstawa zum Fahrplan der Landespartei für die Kommunalwahl
3. Weiteres zur Kommunalwahl 2021
4. Finanzplan 2021
5. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
6. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten für den Landesparteitag
7. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten für die Aufstellungsversammlung für die Landesliste für die Bundestagswahl 2021
8. Vorbereitung des Landesparteitags
9. Verschiedenes

Erste Kommunalpolitische Konferenz:

Samstag, 7. November 2020, 10 bis 16 Uhr im Saal des Jungen Theater

(Ankündigung auf S.10)

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

Mittwoch, 18. November 2020, 19:00 Uhr im Neuen Rathaus, Raum 1118

Thema: Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst

Termine der Ortsverbände:

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Nächster Termin voraussichtlich im Dezember

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Freitag, 13. November, 19:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

Veranstaltung des Rosa-Luxemburg-Stiftung:

Film zum 50. Jahrestag der „Unidad Popular“

Salvador Allende

(Patricio Guzmán, 2004)

Mittwoch, 4. November 2020, 20.00 Uhr im Kino Lumière, Geismar Landstr. 19, Göttingen

Einführung von und Diskussion im Anschluss mit: Professor (em.) Dr. Manfred Engelbert

Vorbehaltlich der dann geltenden Corona-Regelungen (leider auch einer Komplettabsage) bietet Diether Dehm an:

Jahresauftakt-Wochenendfahrt 9./10.1.21 nach Berlin

Samstag: (nachmittags) Besuch/Info der Gräber von Brecht, Eisler, Weigel, Hegel, Fichte auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof am Brecht-Gedenkhaus; danach Kneipe mit Diether

Sonntag: 9h Kranzniederlegung am „Ehrenmal der Sozialisten“ (Friedrichsfelde)

Teilnahme an der Antikriegs-Demonstration (Aufrufer: KPF, jw, Diether u.a.)

14h Zehnter Kultureller Jahresauftakt der Bundestagsfraktion im Kosmos-Kino

Moderation und Gestaltung: Gesine Löttsch & Diether Dehm mit K. Wecker, Ottfried Fischer, Helmut Schleich u.a.

Die Fahrt soll mit der Bahn stattfinden und ist auf ca. 20 - max. 30 Personen begrenzt. Interessent*innen melden sich bitte unter anmelden@die-linke-goettingen.de an.

KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: 05 51 - 29 14 05 46

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook

Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0177 8534351

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club

Göttingen

Elvira Kalusa,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen

▶ September-Kreismitgliederversammlung bereitet Bundesparteitag vor

Endlich gab es erstmals nach Ausbruch der Corona-Pandemie am 22. September eine Kreismitgliederversammlung, bei der auch erfreulich viele neue Gesichter zu sehen waren. Themen waren ein Bericht von Victor Perli aus der Bundestagsfraktion und die Vorbereitung des Bundesparteitages vom 30. Oktober bis 1. November. In der Diskussion wurde die Wahl von Gregor Gysi als außenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion kritisch gesehen, da eine Aufweichung unserer friedenspolitischen Forderungen

befürchtet wird. Alle Statements von Genoss*innen unseres KV forderten die unveränderte vollständige Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und der NATO als Position der LINKEN. Johanna Scheringer-Wright berichtete aus dem Parteivorstand über die Vorbereitung des Parteitages, in dessen Mittelpunkt die Wahl des neuen Parteivorstandes steht, wobei die neue weibliche Doppelspitze aus Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow unangefochten sei.

Ein einstimmig beschlossener Änderungsantrag des KV zum Leitantrag des Parteitags sieht vor, den Entlastungen für die Allgemeinheit in der Wahrnehmung des Steuerkonzepts mehr Prominenz einzuräumen. Das LINKE Steuerkonzept sieht Entlastung unterer und mittlerer Einkommen sowie eine deutlich höhere Belastung der Spitzenverdiener vor, um unsere politischen Forderungen finanzieren zu können. Victor stellte dazu auch die Forderung der Bundestagsfraktion nach einer Vermögensabgabe zur Finanzierung der Folgen der Corona-Pandemie vor.

Zum Abschluss erfolgte ein Bericht von Eckhard Fascher zur Vorbereitung und Programmdiskussion der Kommunalwahl, die am 7.11. durch unseren ersten kommunalpolitischen Kongress eingeleitet wird. (ausführliche Berichte in der letzten Ausgabe)

ef

Gemeinsame Presseerklärung DIE LINKE KV Göttingen/Osterode, DIE LINKE im Kreistag Göttingen und Göttinger-Linke/ALG-Gruppe im Stadtrat Göttingen vom 15.10.2020

▶ LINKE unterstützen ver.di-Tarifforderungen im Arbeitskampf

Der Kreisverband der Partei DIE LINKE, ihre Kreistagsfraktion und die Göttinger-Linke/ALG-Gruppe im Stadtrat unterstützen solidarisch die Tarifforderung und den Arbeitskampf der Gewerkschaft ver.di für den Tarifvertrag im Öffentlichen Dienst. Während der Corona-Krise hielten die Kolleginnen und Kollegen in Krankenhäusern und Gesundheitsämtern, in der Abfallwirtschaft, der Energieversorgung, im Nahverkehr und in den kommunalen Behörden den Laden am Laufen. Nach dem Applaus ist es jetzt an der Zeit, dass dies auch materiell anerkannt wird und grundsätzlich die Beschäftigten angemessen bezahlt werden. Ob Reinigungskraft oder Pflege, ob Technikerin oder Landschaftsgärtnerin – 4,8%, mindestens 150 Euro mehr für jede und jeden ist ein wichtiger Schritt, um der Einkommensspreizung entgegenzutreten. Eine solche Erhöhung würde dazu beitragen, dass der Öffentliche Dienst den Anschluss nicht verliert.

Trotz einiger Verbesserungen liegt die Entwicklung der Löhne im Öffentlichen Dienst weiter unter dem Durchschnitt aller Branchen. Wenn wir aber ein leistungsfähiges Gesundheitssystem und den für

die Klimaziele dringend erforderlichen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs wollen, benötigt der Öffentliche Dienst künftig deutlich mehr Personal und weniger belastende Arbeitsbedingungen. Dies aber ist nur realistisch, wenn die Arbeit dort endlich attraktiver und angemessen bezahlt wird. Die rund 2,3 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen sichern die Existenz unseres Gemeinwesens, auch und gerade in der Corona-Pandemie.

„Wenn sich jetzt ver.di und streikende Beschäftigte anhören müssen, es sei unverantwortlich, in Zeiten der Pandemie zu streiken, sagen wir: dieser Vorwurf trifft die Falschen“, so Kreistagsabgeordneter Dr. Joachim Bons, „es ist der Verband der Kommunalen Arbeitgeber, der bislang in den Tarifverhandlungen kein Angebot vorgelegt hat und damit Streiks unumgänglich macht. Außerdem sei daran erinnert: es waren die kommunalen Arbeitgeber, die das Angebot von ver.di ausschlugen, mit Rücksicht auf die Corona-Krise diese Tarifrunde auf das nächste Jahr zu verschieben und für 2020 lediglich eine Einmalzahlung zu vereinbaren – Vorwürfe an ver.di, jetzt unverantwortlich zu

streiken, sind daher geradezu dreist und vollkommen fehl am Platz.“

Der Verhandlungsführer im Verband der kommunalen Arbeitgeber, Ulrich Mäde (SPD), ließ sich mit den Worten zitieren: „Wir müssten im Grunde ganz andere Diskussionen führen, nämlich über Einschnitte reden.“ „Wenn jetzt der Kommunale Arbeitgeberverband offenbar nicht willens ist, den Beschäftigten entgegenzukommen“, so Mitglied im Kreissprecherrat der LINKEN und im Göttinger Stadtrat Edgar Schu, „ist das eine unglaubliche Geringschätzung, ein Schlag ins Gesicht für alle KollegInnen im öffentlichen Dienst – allen voran für die KollegInnen im Gesundheitsbereich. Die öffentlichen Arbeitgeber müssen endlich ihre unverantwortliche Blockadehaltung aufgeben, auf ver.di zugehen und ein angemessenes finanzielles Angebot vorlegen.“

Die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst sind es wert.





DIE LINKE. **Kreistagsinfo** aktuell

Nr. 22 – September 2020

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Wieder einmal tagt der Kreistag aufgrund der Corona-Situation in Osterode und wie üblich wurden zahlreiche von uns eingebrachte Initiativen beraten.

Zu den wichtigen Tagesordnungspunkten gehörte diesmal auch die Neustrukturierung der Feuerwehrtechnischen Zentrale, eine Verwaltungsvorlage, die wir als Fraktion DIE LINKE nur unterstützen konnten. Über unsere eigenen Anträge berichten wir wie immer im Einzelnen.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 7 - Atomares Zwischenlager in Würgassen

Unweit des Landkreises Göttingen, auf dem Gelände des stillgelegten AKW Würgassen, plant die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) ab 2027 die Einrichtung eines sogenannten „Logistikzentrum“ mit schwach- und mittelradioaktiven Müll für das Endlager Konrad in Salzgitter.

Gegen dieses Vorhaben regt sich in den angrenzenden Kommunen Widerstand, übrigens auch aus den Reihen der CDU. Gleichwohl stellte die CDU gleich zu Beginn den GO-Antrag, unseren Antrag gar nicht erst zu beraten.

Nachdem dieses Ansinnen niedergestimmt worden war, konnte Eckhard Fascher für unsere Fraktion den Antrag erläutern. Er kritisierte dabei das komplett intransparente Verfahren, durch das die gesamte Region von den Plänen völlig überrascht wurde.

Die CDU-Kritik der angeblich fehlenden Zuständigkeit erwiderte er mit dem Hinweis, dass das Gelände sich nur 40 km Luftlinie von Göttingen befindet und dass auch zu erwarten ist, dass die Transporte durch unseren Landkreis laufen werden.

Unterstützt wurde unser Antrag auch von SPD, Grünen und FDP, deren Redner ebenfalls die Intransparenz und die fragwürdigen Kriterien bemängelten. Offenbar sei wohl einfach nur die verkehrsgünstige Lage ausschlaggebend, eine ernstzunehmende Prüfung alternativer Standorte gebe es nicht.

Die mit deutlicher Mehrheit erfolgte Annahme des Antrags können wir als Erfolg verbuchen. Der Landkreis ist nun aufgefordert worden, alle ihm möglichen Maßnahmen ergreifen, um das atomare Zwischenlager zu verhindern.

TOP 8 - Obstbaumwart/in für den Landkreis Göttingen

Unser Antrag zur Koordination der Pflege von Obstbäumen, Obstbaumwarte für die jeweiligen Altkreise zu bestellen und die vom Landschaftspflegeverband durchgeführte Ausbildung zu Obstbaumwarten zu fördern, wurde leider abgelehnt. SPD, CDU und Grüne hielten dies für überflüssig. Eckhard Fascher wies auf die unzureichende Pflege von Obstbäumen hin und lobte auch den Landschaftspflegeverband. Er stellte aber klar, dass auf der Ebene der Gemeinden, anders als dies in den Beratungen dargestellt wurde, faktisch keine Koordination der Obstbaumpflege erfolge. Auch würde es sehr wohl die Umweltverbände entlasten und die Obstbaumpflege fördern, wenn die Kosten für die Obstbaumwarteausbildung übernommen würden.

TOP 9 - Jugendparlament für den Landkreis Göttingen

Unserem Antrag, im Landkreis Göttingen ein Jugendparlament einzurichten, wurde mit einer Flut von Ausflüchten begegnet, auf eine sachliche Begründung, warum unserem Antrag nicht entsprochen werden könne, warteten wir jedoch vergeblich.

Neben den gebetsmühlenartig wiederholten Hinweis auf das Planspiel Kommunale Demokratie, das ja auch eine gute Einrichtung darstellt aber eben kein Ersatz für ein Jugendparlament ist, würde der übliche Hinweis auf die „nicht veranschlagten Haushaltsmittel“ vorgetragen. Auch ein „falscher Zeitpunkt“ wurde, nicht zum ersten Mal bei einem unserer Anträge, genannt. Dirk Aue (SPD) gebrauchte dann noch die Floskel „nicht umsetzbar“ – für eine Einrichtung, die in anderen Kommunen bereits erfolgreich eingerichtet wurde. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

TOP 10 - VVN/BdA muss wieder gemeinnützig werden

Nachdem attac, die Deutsche Umwelthilfe und andere (progressive) Organisationen bereits Probleme mit der Anerkennung ihrer Gemeinnützigkeit hatten (aber nicht die Atlantikbrücke und andere rechte Organisationen), traf es zuletzt die VVN.

Unsere Gruppe beantragte hierzu eine Resolution des Kreistages, die aber kackfroh im Kreisausschuss nicht beraten wurde und demgemäß im Kreistag nicht zur Abstimmung gestellt werden durfte. Unser Geschäftsordnungsantrag, der eine Beratung ermöglicht hätte, wurde abgelehnt. Der Kreistag verzichtete damit darauf, sich der Meinung u.a. des Zentralrates der Juden anzuschließen und klare Kante gegen rechts zu zeigen.

TOP 11/12 - Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria

Die Aufnahme weiterer Flüchtlinge aus den griechischen Lagern war von unserer Gruppe bereits in der Vergangenheit beantragt worden, es bedurfte aber erst einer Katastrophe auf Lesbos, bis auch die anderen Fraktionen ein Einsehen hatten. Der Landkreis Göttingen will nun zusätzlich weitere 50 Flüchtlinge aufnehmen, was wir nicht nur begrüßen sondern wir sehen uns auch nachträglich in unseren Bemühungen bestätigt.

TOP 15 - Schulmedienentwicklungsplan für die allgemeinbildenden Schulen

Zum Schulmedienentwicklungsplan wurde von uns ein Änderungsantrag eingebracht, u.a. wegen des starren Festhaltens an Microsoft- und Apple-Produkten, bei denen wir deutliche datenschutzrechtliche Bedenken haben. Auch hätten wir gern pädagogische Aspekte in den Vordergrund gestellt. Die anderen aber nicht, dementsprechend wurde unser Änderungsantrag abgelehnt (nur Landrat Reute stimmte – wohl versehentlich – für unseren Änderungsantrag).

TOP 19 - Schließung der Kreismusikschule

Die öffentliche Kreismusikschule soll zum 30.6.2022 geschlossen werden. In der gegen unsere Stimmen beschlossene Vorlage ist die Einrichtung einer Kontaktstelle Musik vorgesehen, die in Gemeinden aktiv werden soll, wo es kein musikalisches Grundangebot gibt. Dies bezeichnete Kreisrat Riethig als zukunftsorientiert. Seit langem wehren wir uns gegen die Schließung. Eckhard Fascher wies daraufhin, dass seit langem die Kreismusikschule gerade auch von der SPD angegriffen und kaputt geredet wurde. Die geforderte Kostensenkung wäre nur auf Kosten der Beschäftigten möglich gewesen.

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



Bau auf das Haus ▶ Mit Hammer und Säge für das Rote Zentrum

Ein Besuch des Roten Zentrums lohnt sich in diesen Tagen mehr noch als sonst. Im September und Oktober 2020 haben verschiedene Handwerks- und Reparaturarbeiten in den Räumen in der Langen-Geismar-Straße 2 stattgefunden. Die Ergebnisse können sich sehen lassen.

Essen ist fertig!

Die Fronten sind petrolfarben, die Fächer lassen die Holzmusterung erkennen: Seekiefer. Die Arbeitsfläche - dunkelblau und matt – harmoniert mit dem blauen Linoleumfußboden. Der Spritzschutz und das Spülbecken sind aus Stahl. Und ja: es gibt warmes Wasser. Die Spülmaschine aus dem Altbestand ist integriert. Die neue Küchenzeile im Erdgeschoss des Roten Zentrums ist ein Hingucker – funktional ist sie allemal.

Im selben Zeitraum mit der Anfertigung und dem Aufbau der neuen Küchenzeile konnte das Rote Zentrum eine großzügige Spende aus dem Nachlass von Markus Voncken entgegen nehmen (siehe Göttinger Blätter 09/2020: Nachruf auf unseren Genossen Markus Voncken). Geschirr zur Bewirtung von 100 Gästen ist in den Bestand des Roten Zentrums übergegangen: Teller, Bestecke, Becher, Gläser, 2 große Warmhaltebehälter für Suppen. Ob Grünkohl-Essen, Straßenfest oder Volkküche. Im Roten Zentrum können zukünftig problemlos (mittlere) Massen verköstigt werden.

Durchlüften bitte

Der Betrieb des Roten Foyers als Veranstaltungs- und Versammlungsraum erfordert unter der Aufgabenstellung des Infektionsschutzes besondere Anstrengungen. Neben Maske-Tragen, Hände-Waschen und Abstände-Einhalten sollte es zur Routine gehören, die Räume regelmäßig gut durch zu lüften: das gleichzeitige Öffnen der Foyer- und der Balkontür ermöglicht zumeist schon einen ordentlichen Luftzug. Unterstützt werden kann dieser durch den Betrieb von zwei kräftigen Standventilatoren. Einer steht im Roten Foyer, ein weiterer in

der Küche. Neu hinzu gekommen ist ein Luftreiniger. Das Gerät verspricht mit Hilfe von Filtern Blütenpollen, Feinstaub, Zigarettenrauch oder chemische Verbindungen aus der Atemluft von Räumen zu filtern. Ob es auch die Virenlast verringern kann wird kontrovers diskutiert. Schön aussehen tut es auf jeden Fall – und es brummt beruhigend vor sich hin.

Auf ´nem Donnerbalken...

In den beiden Bädern des Erdgeschosses wurden jeweils neue WCs eingebaut. Um es positiv in die Zukunft zu formulieren: die neuen Kloschüsseln geben uns die Chance, durch Reinlichkeit und regelmäßiges Putzen einen hygienischen Ort aufzusuchen. Bei dieser Gelegenheit wurde das Silikon am Handwaschbecken erneuert. Ein andauerndes Ärgernis bleibt die Gasetagetherme in der Büroetage des ersten Obergeschosses. Das Gerät fällt aus und konnte bisher nicht zufriedenstellend repariert werden. Für die Büronutzer*innen bleibt es bis zu einer abschließenden Reparatur der Therme somit nicht nur gesellschaftlich kalt.

Wieso, weshalb, warum?

Einige der nun durchgeführten Arbeiten bzw. Anschaffungen hatten wir angesichts der vielen Aufgabenstellungen zu Beginn des Betriebs des neuen Roten Zentrums aus finanziellen oder organisatorischen Gründen aufgeschoben (die Bäder). Andere Notwendigkeiten sind im Laufe der zurückliegenden eineinhalb Jahre neu hinzugekommen: die alte Küche ist beispielsweise in den vergangenen Monaten schlicht und einfach auseinander gefallen. Da die handwerklichen Fähigkeiten innerhalb der Organisationen der Arbeiter*innen-Bewegung nicht unmittelbar nutzbar gemacht werden können, mussten mehrere der nun ausgeführten Arbeiten für Geld von Handwerkern eingekauft werden. Das war bis hierher möglich. Um die restliche Küche aber beispielsweise auch abschließend neu gestalten zu können ist das Rote Zentrum auf Spenden angewiesen.

Rotes Zentrum im November

Querfront – die unauffällige Vereinnahmung durch rechts

Die ‚Montagsmahnwachen‘ vor einigen Jahren, jetzt die ‚Corona-Rebellen‘ – und immer wieder hört man dabei „Wir sind nicht rechts, wir sind nicht links“ ... Statt Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung ein diffuses „Wir“-Gefühl, eine Art „Volks-gemeinschaft“? Viele, zuvor wenig politisierte Menschen, dazwischen ein paar Faschist*innen, die ihre Gelegenheit wittern. Aber ist dies wirklich so einfach? Was ist ‚Querfront‘ eigentlich, welches sind ihre Erscheinungsformen und was macht sie so gefährlich?

Diese Fragen wollen wir – der Ortsverband der Partei DIE LINKE und die Leser*inneninitiative der jungen Welt – im Rahmen der Rotes Zentrum-Freitagsveranstaltungen erörtern. Dazu haben wir Sebastian Carlens, den stellvertretenden Chefredakteur der Tageszeitung junge Welt eingeladen.

Die Veranstaltung wird am 13. November 2020 um 19 Uhr im Rote-Hilfe-Saal (Lange Geismarstr. 3 in Göttingen) unter Beachtung der dann aktuellen Rechtslage stattfinden. Coronabedingt sind Änderungen möglich, wir werden Euch kurzfristig dann per Mail informieren. Wegen der unklaren Coronasituation wird die Veranstaltung auch im Netz zu verfolgen sein.

Freitag, 13.11.2020, 19 Uhr
Rotes Zentrum, Lange-Geismar-
Straße 3, Göttingen

Wem es also gefällt und wer den eingeschlagenen Weg gerne fortgesetzt sehen will, der oder die ist im neuen Jahr 2021 zu großen und kleinen Spenden eingeladen:

Rotes Zentrum Göttingen e.V.
IBAN: DE68 5209 0000 0000 2292 02
BIC: GENODE51KS1
Volksband Kassel Göttingen eG



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Kommunalpolitischer Arbeitskreis der Wählergemeinschaft Göttinger Linke am 7. Oktober auf dem Betriebshof der Göttinger Verkehrsbetriebe (GöVB)

An der Einladung zum Besuch der GöVB nahmen 12 interessierte Mitglieder und Freunde der Göttinger Linke teil.

Die Veranstaltung wurde eingeleitet durch ein Referat u.a. zur aktuellen Situation der GöVB, sowie der Planung von Elektromobilität bei den Stadtbussen und dem dafür notwendigen Neu- oder Umbau des Betriebshofs. Die Umstellung auf Elektrobusse sei notwendig, wenn die Stadt ihre selbstgesteckten Klimaziele erreichen will, die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf null zu reduzieren. Z.Zt. laufen im Göttinger Stadtverkehr sechs Plug-In-Hybridbusse. Die GöVB planen bis 2030-2040 eine sukzessive Umstellung der Busflotte auf kompletten Elektroantrieb – die jetzt eingeführten Plug-In-Hybride sollen nur eine Übergangslösung sein.

Um dieses Konzept umsetzen zu können, seien erhebliche Investitionen in den Betriebshof und die Ladeinfrastruktur notwendig. Nach Gutachternvorschlägen ist dies auf dem jetzigen Gelände nur schwer umsetzbar. Die Betriebsleitung favorisiert deshalb einen Umzug auf die Flächen der Sportanlagen am Maschpark, was nur mit großem finanziellem und orga-

nisatorischem Aufwand zu erreichen ist. Hier ist der Rat der Stadtrat gefordert, die Planungen aller Alternativen intensiv zu prüfen.

Allerdings müsse zur Erreichung der Klimaneutralität auch der Anteil an der Busnutzung im Göttinger Verkehr drastisch steigen: Dafür braucht es den politischen Willen, den ÖPNV zu Lasten des individuellen Autoverkehrs massiv zu stärken.

Ein Beispiel: Vor allem bei den großen Arbeitgebern wie zum Beispiel Sartorius muss auf eine Umsteuerung gedrängt werden, da sie offensichtlich lieber Parkhäuser auf ihrem Betriebsgelände bauen als Mitarbeiter zur Nutzung des ÖPNV zu motivieren. Und bei der Planung der Verkehrserschließung neuer Wohngebiete wie dem Europaviertel muss der Nutzung des ÖPNV und dem Fahrrad ein absoluter Vorrang eingeräumt werden.

Erfreulich waren die genannten Zahlen zur Ausbildung von BusfahrerInnen bei den GöVB. Z.Zt. gibt es 45 Auszubildende, die alle die Möglichkeit haben sollen, im Betrieb zu bleiben. So sollen in Zukunft Engpässe bei hohem Krankenstand der MitarbeiterInnen vermieden werden.

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sabine Klohn
Oliver Preuß, Bärbel Safieh.
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
goelinke-alg-gruppe@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)
Bärbel Safieh
Edgar Schu

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 18. November 2020, 19:00 Uhr
im Neuen Rathaus, Raum 1118

Thema: **Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst**

Nach Streik und Arbeitskampf möchten wir einen Blick auf die Arbeitsbedingungen des Öffentlichen Dienstes auch gerade aus der Sicht der Betroffenen werfen. Welche Initiativen sollen im Stadtrat und Kreistag ergriffen werden.

Kommunalpolitischer Ratschlag der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke:

Samstag, 7 November, 10.00 – 16.00 Uhr
Junges Theater, Saal, Bürgerstr. 15,
2. Etage (Eingang von der Gartenstraße aus)

- Impulsreferate zu Fragen der Kultur, Wohnungspolitik, Kita und Schule
- World-Cafè zu neun kommunalpolitischen Themen
- Bildung von Arbeitsgruppen

WOHNRAUM ATLAS GÖTTINGEN

WOHNUNGSVERSORGUNG UND WOHNUNGSPOLITIK
IN GÖTTINGEN SEIT 2010
FAKTEN – ANALYSEN – PERSPEKTIVEN



<https://stadtentwicklunggoettingen.wordpress.com/2020/03/27/wohnraum-atlas-goettingen-erschieden/>



Straßenausbaubeiträge bald Geschichte

Die sogenannten *Straßenausbaubeiträge (STRABe)* stellen für uns als Ratsgruppe ein Dilemma dar: Denn für Klein- und Mittelverdienende, für die ihr Häuschen wichtige Alterssicherung ist, ist die Zustellung eines solchen Bescheids oft existenzbedrohend. Ein Betrag dieser Größe kann bewirken, dass solche Leute mit niedrigem Einkommen und ohnehin vorhandenen Schulden ihr Haus nicht mehr halten können. Sie verlieren dann ihren letzten Schutz vor der breiten Altersarmut: Statt z.B. wie bis dahin von ihrer kleinen Rente keine Miete bezahlen zu müssen, müssen sie dann auf dem katastrophalen Göttinger Wohnungsmarkt eine über- teuerte Wohnung suchen. Auf der anderen Seite können die Straßenausbaubeiträge - anders als die Grundsteuer - nicht im Mietrecht auf die Betriebskosten, und damit als Kosten für die Mieter, umgelegt werden. Natürlich sind sie damit der großen Wohnungswirtschaft, also mitunter den reichsten Menschen unserer Gesellschaft, ein Dorn im Auge. Aber warum ist es denn überhaupt notwendig, dass STRABe in der Kommune eingesammelt werden müssen? Es liegt doch daran, dass vor allem die reichsten Menschen massiv von Steuern auf Bundesebene entlastet worden sind. Das beschriebene Dilemma äußerte sich in unserer Position als Ratsgruppe: Wir können eigentlich der Abschaffung der STRABe nicht zustimmen, weil dann die kommunalen Finanzen noch mehr unter Druck kommen. Wir sehen aber die Not der kleinen Hausbesitzer*innen. Daher forderten wir in den Ausschüssen zunächst, dass die STRABe sozial gestaffelt werden sollten, bis zur vollständigen Befreiung in Härtefällen. Dies war laut Stadtverwaltung rechtlich nicht möglich. So arbeiteten wir auf einen Kompromiss hin und trugen ihn gemeinsam mit allen Parteien. Er ist unten dokumentiert. Alle haben gemeinsam beschlossen, die STRABe abzuschaffen. Für uns war wichtig, dass einerseits die relativ geringe Grundsteuererhöhung nur monatliche Centbeträge bis etwas über 1 Euro mögliche Mieterhöhung pro Wohnung bedeutet. Außerdem haben sich alle (!) beteiligten Parteien dem Appell an die Landes- und Bundespolitik angeschlossen, dafür zu sorgen, dass die Grundsteuer nicht mehr auf die Mieten umgelegt werden kann.

„Interfraktionelles Bündnis fordert Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Ein überparteilicher Vorstoß von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, Göttinger Linke/ALG, Partei sowie dem Ratsherrn Welter-Schultes fordert die schnellstmögliche Abschaffung der Göttinger Straßenausbaubeitragsatzung. Ein gemeinsamer Antrag aller politischen Kräfte im Rat der Stadt wird dazu in der Sitzung des Finanzausschusses am 3. November 2020 eingebracht.

„Die Diskussion um Straßenausbaubeiträge beschäftigt die Stadt Göttingen und dementsprechend auch die Ratspolitik seit geraumer Zeit“, so die politischen Vertreterinnen und Vertreter (siehe unten). „Mit dem jetzt vorgelegten Kompromiss ist es uns gelungen, die vielfältigen Interessen der unterschiedlichen Akteure unter einen Hut zu bringen und gemeinsam im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu einer Lösung zu kommen.“ Wichtig sei der Politik gewesen, die Leistungsfähigkeit des kommunalen Haushaltes durch die Abschaffung der Straßenausbaubeitragsatzung nicht noch weiter zu gefährden und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass auch weiterhin in die Verkehrsinfrastruktur investiert wird. Man habe sich deshalb dazu entschieden, als Maßnahme zur Gegenfinanzierung den Hebesatz der Grundsteuer B um 10 Punkte von 590 auf 600 anzuheben. Dies soll mit dem Haushalt für das Jahr 2021 geschehen.

Dieser Kompromiss sei insofern gerecht, als dass der Erhalt und Ausbau öffentlicher Infrastruktur wieder in Gänze von der Allgemeinheit getragen werde. Diese nutze sie nämlich auch. Umgerechnet auf die einzelnen Eigentümerinnen und Eigentümer fielen bei der vorgeschlagenen Grundsteuer-Erhöhung nur wenige Euro pro Jahr an Mehrkosten an. Laut Berechnung der Verwaltung würden diese ungefähr zwischen 7€ und 17€ für Appartements und zwischen 9€ und 20€ für ein Einfamilienhaus, beides je nach Lage, liegen. „Diese moderate Erhöhung halten wir für ein vertretbares Maß an Mehrkosten“, so die politischen Vertreterinnen und Vertreter.

Zusätzlich habe man sich auf einen Appell an Landes- und Bundespolitik geeinigt, die Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf die Mieterinnen und Mieter in der Betriebskostenverordnung aufzuheben. Auch wenn es dafür bisher keine gesetzliche Verpflichtung gäbe, sollen die Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer dazu aufgefordert werden, die Erhöhung der Grundsteuer nicht auf die jeweiligen Mietparteien umzulegen.“
(Gemeinsame Pressemitteilung der genannten politischen Kräfte des Göttinger Stadtrats)

Kontakt Daten

**Gruppe Göttinger Linke/ALG
im Rat der Stadt Göttingen**
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347
[GoeLinke-ALG-
Gruppe@goettingen.de](mailto:GoeLinke-ALG-Gruppe@goettingen.de)

Ratsgruppenmitarbeiter:
 Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
 Di: 13:00 – 17:00 Uhr
 Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
 Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Gegenkommentar:

▶ Protest der VVN-BdA Göttingen gegen Wolfgang Bittners Gastkommentar

In den Göttinger Blättern 10/2020 fand sich auf Seite 12 ein Gastkommentar von Wolfgang Bittner, dem wir als Sprecher der VVN-BdA eindeutig widersprechen möchten.

Bittner ist bekannt für seine Positionen, nach denen Deutschland ein hilfloses, unterdrücktes Anhängsel der übermächtigen USA sei. Er will nicht sehen, welche eigenständigen Interessen die Herrschenden in Deutschland verfolgen. Die VVN-BdA bekommt dies derzeit wieder einmal besonders zu spüren in Sachen des Entzuges der Gemeinnützigkeit. Wir verschließen auch nicht die Augen vor deutschen Kriegeinsätzen, vor der Zerstörung des Asylrechts, vor rechten Umtrieben der AfD und CSU und Anderem mehr. Oder ist das alles nur vom langen Arm der USA gesteuert? Nach Bittners Kommentar ist Deutschland ja nur ein theoretisch souveräner Staat. Auch die Aluhüte und Rechtsextremen vertreten auf ihren „Corona-Demonstrationen“ und andernorts diese nationalistische These der „Nichtsoveränität Deutschlands“ und bedienen damit eine klassisch rechte Argumentation.

In seinem Kommentar verharmlost bzw. unterstützt Bittner die Geschehnisse auf und um die „Corona-Demonstration“ am 29.08.2020 in Berlin. Dabei ist offensichtlich, dass es hier nicht um eine berechnete Auseinandersetzung um gesundheitliche oder wissenschaftliche Fakten geht, sondern um die Verbreitung reaktionärer und faschistischer Inhalte. Davon muss man sich abgrenzen, unabhängig von der Einschätzung der Pandemiesituation. Nach Wolfgang Bittners Ansicht wollten sich lediglich ein paar Bürger auf die Stufen des Reichstags setzen, „darunter sogenannte Reichsbürger“.

Diese Verharmlosung wird vermischt mit dem „Fall Nawalny“ und der Auseinandersetzung um die Gaspipeline Nord Stream 2. So dockt man an. Viele Menschen dürften Zweifel an der offiziellen Version zur Vergiftung Nawalyns haben, einiges muss noch aufgeklärt werden. So wird die Verharmlosung und der Versuch der Etablierung rechter Positionen vermischt mit nachvollziehbaren Fragen. Am Rande

bemerkt: Der Bau von Nord Stream 2 ist gerade ein deutlicher Ausdruck für den Versuch Deutschlands, eigenständiger im Konkurrenzverhältnis zu den USA zu agieren. Dass es dazu in der deutschen Politik Auseinandersetzungen gibt, überrascht nicht. Manche nennen das innere Widersprüche oder Dialektik.

Zurück zu unserem Kernproblem. Solche Verharmlosungen und Verdrehungen öffnen der Querfront die Tür, sollen rechte Gedanken einsickern lassen in linke (und unentschiedene) Köpfe, versuchen von scheinbar links die Sache unserer Gegner zu unterstützen. Wir befürchten, dass Wolfgang Bittner dies auch weiß, so stand er vor einigen Monaten für ein längeres Videointerview bei KenFM zur Verfügung, also einem Portal, das für Antisemitismus und Verschwörungsinhalte bekannt ist.

Zur Berliner Demo zitieren wir aus unserer bundesweiten Zeitung *antifa*, die am 5. August Klaas Junge interviewte, Mitarbeiter des Berliner Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA e.V.):

„*antifa*: Das Jüdische Forum beobachtet seit März die sogenannten Hygienedemos. Wer erscheint auf diesen Veranstaltungen?

Klaas Junge: Dort zeigt sich ein recht weites Spektrum, darunter extreme Rechte und andere Verschwörungsideolog*innen, aber auch sogenannte besorgte Bürger*innen. Letztere fühlen sich häufig zur Teilnahme ermutigt angesichts der Beschränkungen in Verbindung mit Covid-19. Die meisten Organisator*innen und Redner*innen sind allerdings keine Unbekannten. Angefangen von Ken Jepsen und anderen Videoselbstdarsteller*innen über Anhänger*innen extrem rechter Parteien bis hin zu Reichsbürger*innen. [...]

antifa: Aufmerksamkeit erhielten auch Verschwörungsmymen, denen zufolge die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung aus reinem Profitstreben die aktuelle Situation geschaffen habe. An anderer Stelle erschienen Leute, die sich den gelben Stern angeheftet hatten. Welche Bedeutung haben antisemitische Erklärungsmuster?

Klaas Junge: Antisemitismus ist auf den Hygienedemos und in der damit verbundenen virtuellen Blase stark ausgeprägt. Der Judenstern wurde mit dem Wort »ungeimpft« versehen. Das sollte suggerieren, die Verpflichtung zum Maskentragen in Geschäften sei vergleichbar mit der Situation von Jüdinnen und Juden in Nazideutschland, »arische« Geschäfte nicht betreten zu dürfen. Auch der Glaube an eine New World Order (NWO) wird vertreten. Demzufolge wird die Politik der USA von der jüdisch beeinflussten Ostküste gelenkt. Hierzulande nicht so prominente Projekte wie das Qanon-Netzwerk sind ebenfalls präsent. [...] Schnell wird offensichtlich, dass das alte Wein in neuen Schläuchen ist. Bekannte antisemitische Bilder werden nur modernisiert. Ein besonders krasses Beispiel ist der ehemalige Sternekoch Attila Hildmann, der in Berlin Jüdinnen*Juden und im speziellen Zionist*innen die Schuld an der Virusverbreitung gab.

antifa: Welche historischen Parallelen zu Pandemien oder Krankheiten seht ihr?

Klaas Junge: Im Mittelalter wurden Jüdinnen*Juden Brunnenvergiftungen angelastet, die zur Pest führten. Auch zu Zeiten der Spanischen Grippe, der letzten großen tödlichen Pandemie vor rund hundert Jahren, wurde propagiert, dies wäre ein Virus, der von Jüdinnen*Juden verursacht und verbreitet worden sei.“ (Quelle: <https://antifa.vvn-bda.de/2020/08/05/alter-wein-in-neuen-schlaeuchen/>)

Sprecherrat der Kreisvereinigung der VVN-BdA Göttingen

.....

(...) Fortsetzung „Reihe zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“ von Seite 2

Im Gespräch wird ein Überblick über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Sachsen vermittelt bzw. auf bestehende Forschungslücken aufmerksam gemacht. Repräsentanz von Frauen in den später widerständigen Milieus vor 1933 und der Rolle von Frauen im Widerstand werden ebenso thematisiert wie Faktoren ihrer weitgehenden Unsichtbarmachung.

Wolf Meyer vom Educat-Kollektiv arbeitet seit Jahren zu Nationalsozialismus und Widerstand in der Region, sowohl in der Archiv-Recherche als auch als Guide im Elbsandsteingebirge.